Flüchtlinge an der mazedonisch-serbischen Grenze

PUZZLEPIX / REX / SHUTTERSTOCK / ACTION PRESS

Illegale Einreise

Ersatzlos streichen

Justizminister prüfen Ausländerrechtsänderung.

In den Bundesländern wächst die Kritik an den Ermittlungsverfahren, die von Amts wegen gegen alle Asylbewerber eingeleitet werden müssen, die ohne gültige Einreisepapiere deutschen Boden betreten. Da kaum ein Flüchtling ein Visum vorweisen kann, macht er sich in der Regel schon im Moment seiner Einreise strafbar. Dies lasse sich nicht „ohne Weiteres mit dem Grundrecht auf Asyl und der Willkommenskultur“ vereinbaren, heißt es aus dem baden-württembergischen Justizministerium, das derzeit den Vorsitz der Justizministerkonferenz führt. Hamburg fordert, der Straftatbestand der unerlaubten Einreise solle „ersatzlos gestrichen“ werden. Einen entsprechenden Antrag Hamburgs wollen die Justizminister auf ihrer Herbsttagung am 12. November in Berlin beraten. Die Ermittlungen belasten Polizei und Justiz; sie müssen Strafverfahren einleiten, die später ohnehin vielfach eingestellt werden. In Schleswig-Holstein sind Staatsanwaltschaften bereits dazu übergegangen, nur noch in Einzelfällen Ermittlungsverfahren einzuleiten.

Auch die rechtliche Beurteilung der Schleuserkriminalität soll auf den Prüfstand. Neben den kriminellen Tätern, die aus Profitgier mitunter das Leben von Flüchtlingen aufs Spiel setzten, gebe es viele Menschen, die uneigennützig Hilfe auf dem Weg nach Deutschland leisteten. Auch sie machten sich derzeit leicht strafbar. Es stelle sich die Frage, so ein Ministerialer, ob „hinreichend zwischen humanitären Notlagen und Ausnutzung von Notsituationen durch Schleuser differenziert“ werde. aul

Soziales

Nahles verärgert Mitarbeiter

Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) hat den Personalrat ihrer Behörde mit umstrittenen Einstellungspraktiken gegen sich aufgebracht. In einem internen Mitteilungsblatt kritisiert die Mitarbeitervertretung „Sonderrechte“ für bestimmte Bedienstete. Dabei handelt es sich um „mehrere langjährige Beschäftigte“ verschiedener Bundestagsfraktionen, so das Gremium, die im Ministerium angestellt werden sollen. Für vier solcher Bewerber hat die Personalabteilung den Personalrat bereits um Zustimmung gebeten. Die Kritik entzündet sich daran, dass die neuen Kollegen unmittelbar nach ihrer Einstellung – nach einer „logischen Sekunde“ – wieder in die Fraktionen abgeordnet werden sollen. Mit diesem Trick wären sie für den Fall abgesichert, dass sich die Mehrheitsverhältnisse im Parlament nach der Wahl 2017 ändern; sie hätten dann eine sichere Stelle im Ministerium. Der Personalrat spricht von einem „Vollkasko-Schutz bei Verlust des Arbeitsplatzes“, der jedoch „nur für Privilegierte“ gelte. Das Ministerium will sich zu den Personalien nicht äußern. cos

Nahles

MICHAEL GOTTSCHALK / PHOTOTHEK.NET

Gleichstellung

Adoptivkinder für Homosexuelle

Mit einer Briefkampagne und einer Onlinepetition will Patrick Pronk, Verkaufsleiter eines Personaldienstleisters, den Bundestag zu einer Öffnung des Ehe- und Adoptionsrechts für homosexuelle Partnerschaften bewegen. Pronk, der in der Nähe von Bremen mit seinem Partner lebt, hatte Kanzlerin Angela Merkel 2013 in der ARD-„Wahlarena“ in Verlegenheit gebracht, als er sie nach ihrer Haltung zu einem solchen Adoptionsrecht fragte.

Per Brief bat er alle 630 Bundestagsabgeordneten darum, sich für seine Forderung einzusetzen. 81 Parlamentarier haben dem 38-Jährigen bislang geantwortet. Die Resonanz sei in fast allen Fraktionen einhellig positiv ausgefallen, sagt Pronk. Lediglich von der CDU/CSU hätten sich sechs Abgeordnete ablehnend geäußert. Allerdings seien auch sieben Christdemokraten auf seiner Seite gewesen. Weitere, wie auch Kanzleramtschef Peter Altmaier, erklärten, sie hätten sich noch keine abschließende Meinung gebildet. „Bei einer Abstimmung ohne Fraktionszwang bekämen wir eine gigantische Mehrheit“, glaubt Pronk. Warum es zu einem solchen Votum aber nicht kommen werde, hätten ihm SPD-Abgeordnete so erklärt: In der Koalition mit der CDU/CSU sei dies nicht möglich. Für seine Onlinepetition auf change.org hat Pronk bislang fast 13 000 Unterschriften gesammelt. mkn

Ein Impressum mit dem Verzeichnis der Namenskürzel aller Redakteure finden Sie unter www.spiegel.de/kuerzel